



# Gleiche Startchancen für alle

Vorschulische Bildung als Ansatz, um sich unabhängig vom familiären Umfeld in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung entfalten zu können

Statt Geringqualifizierten ohne Jobs mit erfolglosen Programmen zu helfen, wollen Ökonomen an der Wurzel des Übels ansetzen. Sie fordern – liberalem Gedankengut verbunden – den Ausbau vorschulischer Betreuungseinrichtungen.

Matthias Müller

Der Befund ist für die meisten industrialisierten Volkswirtschaften eindeutig: In den vergangenen Jahren ist die Schere zwischen den unteren und den oberen Einkommensbezieher immer weiter auseinandergegangen. Treibende Kraft hinter dieser Entwicklung ist die internationale Arbeitsteilung. Viele Stellen, die es in den westlichen Ländern gegeben hatte, wurden in Regionen verlagert, in denen die Lohnkosten deutlich geringer sind als in den vergleichsweise reichen Volkswirtschaften. Es handelt sich vor allem um einfache Tätigkeiten, die unqualifiziertes Personal verrichten kann. Für viele Arbeitslose in den Industrieländern, die oft nur gering qualifiziert sind, ist die Entwicklung zwar hart. Doch unter dem Strich profitiert eine Volkswirtschaft als Ganzes von der Produktionsverlagerung, weil Güter des täglichen Bedarfs wie Smartphones oder Fernsehgeräte trotz einem unaufhaltsamen technischen Fortschritt bezahlbar bleiben.

## Ohne Bildung keine Chance

Die Folgen des Trends lassen sich aus den Arbeitslosenstatistiken der zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gehörenden Länder ablesen. Zwischen den Arbeitslosenquoten für Hoch- und Geringqualifizierte klaffen deutliche Lücken. Sie sind Beleg für die sich wandelnde Nachfrage nach Arbeitskräften. Während sich das Personal etwa mit Hochschulabschluss und Berufserfahrung in den OECD-Ländern relativ leicht tut, eine Stelle zu finden, sind die Aussichten für Arbeitskräfte ohne Qualifikation düster.

Vor diesem Hintergrund gehen Wissenschaftler weltweit der Frage nach, welche präventiven wirtschaftspolitischen Massnahmen sinnvoll wären, um den bestehenden Teufelskreis aus fehlender Bildung und mangelnden Chancen am Arbeitsmarkt zu durchbrechen. Derzeit dominieren in den meisten Ländern kurative Ansätze. Durch teure Umverteilungen und Förderungspolitik versuchen Regierungen, den Betroffenen zu helfen. Die Massnahmen sind jedoch nur in den seltensten Fällen wirk-

sam. Nach Ansicht von Flavio Cunha von der University of Pennsylvania und dem Wirtschaftsnobelpreisträger James J. Heckman (University of Chicago) sind sie zum Scheitern verurteilt, weil sie zu spät ansetzen. Nach Berechnung der beiden Ökonomen sind rund die Hälfte der für die ungleiche Einkommensverteilung verantwortlichen Faktoren bereits im Alter von achtzehn Jahren in Stein gemeisselt. Im Umkehrschluss bedeutet das: Die gängigen kurativen Massnahmen sind eine Verschwendung von Steuergeldern, weil sie den Betroffenen erst in einem Alter zu helfen versuchen, in dem ihnen kaum oder nicht mehr zu helfen ist.

Die Crux an privaten Bildungsentscheidungen ist, dass sie nicht immer rational gefällt werden. Gerade die Eltern aus unteren Einkommenschichten unterschätzen, welchen Einfluss Bildung auf den späteren Werdegang ihres Nachwuchses hat. Erschwerend kommen bestehende Liquiditätsgenässe hinzu. Weil die künftigen Erträge des Kleinkinds sehr unsicher sind, werden Eltern mit geringem Einkommen keinen Kredit für ihren Nachwuchs erhalten und sich damit dessen Besuch einer vorschulischen Betreuungseinrichtung nicht leisten können. Kinder können sich ihre Eltern nicht aussuchen. Dieser Punkt wird bei der Diskussion über das Für und Wider vorschulischer Betreuungseinrichtungen immer gerne ausser Acht gelassen.

Für Heckman liegt es auf der Hand, vor allem Nachwuchs aus einkommenschwachen Familien frühzeitig unter die Arme zu greifen, um nicht länger kurativ, sondern präventiv Einfluss nehmen zu können. Der Chicago-Ökonom macht sich deshalb für einen Ausbau der vorschulischen Betreuungseinrichtungen vor allem für diese Zielgruppe stark. Für Heckman sind diese Investitionen für den sozial benachteiligten Nachwuchs ein Glücksfall, denn damit fördere eine politische Initiative nicht nur soziale Gerechtigkeit, sondern erhöhe auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität, worunter die Volkswirtschaft in Form höherer Wachstumsraten und gesteigerten Wohlstands profitiere.

Diverse Studien des an der Ludwig-Maximilians-Universität München lehrenden und forschenden Ökonomen Ludger Wössmann weisen auf die Bedeutung schulischer Leistungen für den Wohlstand von Nationen hin. So findet er zusammen mit Eric A. Hanushek Belege dafür, dass die in internationalen Schülertests gemessenen kognitiven Fähigkeiten einen starken kausalen Einfluss auf das langfristige Wirtschaftswachstum haben.

Im Umkehrschluss bedeutet dieser Befund jedoch auch: Mit unzureichend

gebildeten Arbeitskräften verzichtet eine Volkswirtschaft auf Wohlstand, weil es ihr an Innovationskraft mangelt und die Erwerbspersonen neues Wissen nicht anwenden können.

Das familiäre Umfeld ist gemäss der Bildungsforschung der massgebliche Faktor für die kognitiven und nicht-kognitiven Fähigkeiten der Kinder. Während sich Eltern mit höherem Einkommen in eigener Regie in vielfältiger Weise um ihren Nachwuchs kümmern, ist die Fürsorge der unteren Einkommenschichten unterentwickelt. Das hat jedoch fatale Konsequenzen. Die frühzeitig geförderten Kinder sind weniger privilegierten Altersgenossen bereits zu Beginn der obligatorischen Schulzeit so weit enteilt, dass diese Lücke sich auf dem späteren Lebensweg nicht mehr schliessen lässt.

Denn kognitive Fähigkeiten wie Lesen, Rechnen und Schreiben sowie nicht-kognitive Eignungen, also Charaktereigenschaften wie Durchhaltevermögen, Gewissenhaftigkeit und Hilfsbereitschaft, sind das A und O, um im Berufsleben auf eigenständigen Füßen stehen zu können.

Das Kalkül von Heckman ist bestechend einfach. Wenn die späteren kognitiven und nicht-kognitiven Fähigkeiten entscheidend von der Aufmerksamkeit abhängen, die der Nachwuchs im Säuglings- und Kleinkindalter erfährt, werfen Investitionen in die vorschulische Betreuung hohe individuelle und gesamtgesellschaftliche Renditen ab. Da Wissen auf Wissen aufbaut, tun sich Kinder einfacher, auf Basis des bestehenden Fundaments neue Dinge zu erlernen. Liegen solche Grundlagen jedoch nicht vor, haben Reparaturmassnahmen in späteren Lebensphasen keine Aussicht auf Erfolg. Frühere Bildungsinvestitionen sind also ertragreicher als spätere. Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang auch von der Selbstproduktivität der Bildung.

## Kosten mangelnder Bildung

Die von Heckman geforderten Eingriffe werden oft mit dem Argument abgelehnt, Kinder seien keine Staatsaufgabe, sondern eine Angelegenheit, die allein beide Elternteile im Konsens zu bewältigen hätten. So richtig dieser Punkt in Teilen ist, so sehr wird damit jedoch übersehen, welche weit aus der alleinigen Privatsphäre reichende gesamtgesellschaftliche Bedeutung Kinder haben. Wenn die Geburtenrate zu gering ist, hat es Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und die Sozialversicherungssysteme; wenn die Kinder nur unzureichend gebildet sind, resultieren daraus weitere Gefahren für die Gesellschaft. Sie haben in der Regel geringere Er-

werbseinkommen als gebildete Kollegen, werden mit höherer Wahrscheinlichkeit arbeitslos und belasten damit die Allgemeinheit.

Zudem zeigt die Empirie, dass Kinder aus bildungsfernen Schichten häufiger kriminell werden oder sich ungesund ernähren und verhalten und damit der Gesellschaft hohe Kosten aufbürden. Allein diese Beispiele zeigen, dass Kinder eines Tages zu einer finanziellen Last für die Allgemeinheit werden können. Der alleinige Verweis auf die Privatsphäre greift also zu kurz.

Der liberale Kronberger Kreis, dem mit Lars P. Feld auch ein Mitglied des deutschen Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung angehört, schreibt in der Studie «Bildungsfinanzierung neu gestalten» denn auch, eine gerechtigkeitsorientierte Bildungspolitik sollte auf das Ziel der Chancengleichheit abstellen. Damit sei gemeint, dass die Möglichkeit, Bildung zu erwerben, unabhängig von der individuellen Herkunft sein und allein von Begabungen, Interessen und dem individuellen Aufwand für Bildung abhängen sollte.

Ähnliche Argumente brachte der Soziologe und Publizist Ralf Gustav Dahrendorf bereits in seinem 1965 erschienenen Buch «Bildung ist Bürgerrecht: Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik» vor. Vorschulische Bildung sei also ein Instrument, um unabhängig von der familiären Situation gleiche Startchancen zu haben, fügt Wössmann, der am renommierten Münchner Ifo-Institut auch den Bereich Humankapital und Innovation leitet, an.

Darüber hinaus bietet der Ausbau frühkindlicher Betreuungseinrichtungen den Vorteil, dass Familie und Beruf besser vereinbart werden könnten und die Geburtenrate sich unter Umständen steigern liesse, wofür es auch empirische Belege gibt. Die Zahlen für die Schweiz wie auch für Deutschland und Österreich werfen jedoch Fragen auf. Welchen Einfluss hat ein mangelndes Angebot an bezahlbarer Kinderbetreuung, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, auf die Wahl der Frauen zwischen Erwerbstätigkeit und Realisierung des Kinderwunsches?

In den drei genannten Ländern liegt die Geburtenrate unter dem Wert, der notwendig wäre, um zumindest die Bevölkerungszahl konstant zu halten. Viele Frauen entscheiden sich also gegen das Kind und für die Berufstätigkeit, weil gerade für die wachsende Zahl an hochqualifizierten weiblichen Arbeitskräften die kurz- und langfristigen Folgen ihrer Mutterschaft immens sein können. Sie verzichten nicht nur während der Mutterschaft auf Einkommen, sondern verbauen sich dadurch unter

Umständen den Aufstieg auf der Karriereleiter. Die noch geringe Zahl an Frauen in Führungspositionen ist ein Beleg für die «gläserne Decke». Das hat konkrete Auswirkungen auf die Familienentscheidung von Frauen. In Deutschland werden Frauen mit höherem Bildungsabschluss deutlich seltener und später Mütter als jene mit einem geringeren Bildungsniveau. Dagegen sind in Skandinavien, wo es ein grosses Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen gibt, Akademikerinnen nicht häufiger kinderlos als Frauen mit geringerem Bildungsabschluss.

## Wettbewerb der Anbieter

Doch wie sollte der Markt für vorschulische Betreuungseinrichtungen ausgestaltet sein? Der Kronberger Kreis fordert den Staat auf, sich an deren Finanzierung stärker zu beteiligen. Praktikabel wäre, wenn Eltern für den Nachwuchs Gutscheine erhielten, den sie bei einer privaten oder staatlichen Einrichtung einlösen können.

Denkbar wäre auch, den Umfang der Gutscheine vom Einkommen der Eltern abhängig zu machen, um Mitnahmeeffekte zu vermeiden. Der entstehende Wettbewerb zwischen privaten und öffentlichen Anbietern sollte bessere Ergebnisse generieren. Und es werden jene Betreuungseinrichtungen im Bedrängnis geraten, die bei mangelnder Nachfrage nur noch über einen schrumpfenden Etat verfügen. Um jedoch das Niveau an den Bildungseinrichtungen im Interesse der Kinder hoch zu halten, sollte der Staat verbindliche Standards setzen.

Die Assistenzprofessorin Christina Felde an der Universität St. Gallen warnt davor, die hohen Tagessätze für die vorschulischen Kinderbetreuungseinrichtungen in der Schweiz allein mit dem Verweis auf die überbordende Regulierung zu begründen. Sie spricht sich vielmehr dafür aus, die staatlichen Vorgaben unter der Massgabe zu durchforsten, welche notwendig seien, um die Qualität zu sichern. Preise von 110 Franken pro Tag und Kind für nicht-subsidierte Plätze seien hierzulande die Regel. Unklar sei jedoch, ob und wie viele Familien aus den unteren Einkommenschichten einen der knappen subventionierten Plätze erhielten, fügt Felde an.

Empirische Untersuchungen von Wössmann zeigen, dass der Leistungsvorsprung von Schülern, die länger als ein Jahr eine frühkindliche Bildungseinrichtung besucht haben, umso grösser war, je höher das Ausbildungsniveau der Erzieherinnen war. Bildung hat ihren Preis. In letzter Konsequenz geht es darum, was einer Gesellschaft die Zukunft der eigenen Kinder wert ist.